

Kommunalpolitik für den Bund

Im Gespräch mit MdB Erhard Grundl was die Ampel-Koalition für Straubing bringen könnte

Von Ulli Scharrer

Als Spät-Berufspolitiker hätte er vor sechs Jahren nicht gedacht, dass er einmal bei Koalitionsverhandlung über die Bundesregierung mit am Tisch sitzt, erzählt Erhard Grundl. Der Grünen-MdB betont, dass der Umgang untereinander sehr freundlich war, aber gleichzeitig beinhart. Vor allem am letzten Verhandlungstag, „als es ums Geld ging“. Das hatte eine Dynamik, da dürfen sich zwei auch nicht gegen einen zusammenrotten. Jeder muss seine Schwerpunkte setzen, und jeder muss bei einigen Punkten Kompromisse finden. „Gute Argumente zählen aber.“

Eine Opposition kann alles fordern oder mokieren, jetzt stehe man in der Regierungsverantwortung. Was muss man da jetzt liefern? 16 Jahre war man in der Opposition, jetzt haben Entscheidungen direkte Auswirkungen auf die Menschen, erklärt er. „Natürlich kriegt man jetzt etwas um die Ohren. Aber wir müssen uns trauen, etwas zu machen“, erklärt Grundl und schiebt nach: „Authentisch müssen wir bleiben. Und nicht auf andere deuten, wenn etwas nicht so klappt. Das ist nicht der Geist, den diese Konstellation haben soll. Wir wollen unseren Aufbruchgeist mit Leben erfüllen.“ Und dabei wird man auch weiterhin Konflikte mit seinen Koalitionspartnern haben.

Mehr Erfahrungen aus der Kommunalpolitik täten dem Bund gut, betont Grundl als Stadtrat. Die Kommunen seien ja am engsten dran am Bürger und setzten Maßnahmen direkt um. Was der Ampel-Koalitionsvertrag für Straubing bringt, darüber sprach Grundl im Pressesgespräch.

Stichwort bezahlbarer Wohnraum: Die Wohngemeinnützigkeit wird wieder eingeführt, das wird der Volksheim-Baugenossenschaft und eventuell auch der Städtischen Wohnungsbau zugutekommen, erklärt Grundl. „Wir sind über jeden froh, der in Straubing Wohnungen baut.“ Der Straubinger Stadtrat sei da mit einer 20-Prozent-Quote bei Neubauten von Wohnungsanlagen schon gut dabei, das allein werde uns beim bezahlbaren Wohnungsbau aber nicht retten. Mietpreisbremse werde, gerade für Studenten, auch ein Thema in Straubing. „Nicht jeder hat betuchte Eltern.“ Der CO₂-Preis soll von Mietern und Vermietern zu gleichen Teilen getragen werden.

Stichwort Asylrecht: Das verknüpft Grundl eng mit der Wirt-



MdB Erhard Grundl von den Grünen denkt daran, was der Koalitionsvertrag für seine Heimatstadt Straubing bringen wird.

Foto: Ulli Scharrer

schaft. Vom Handwerk, der IHK und verschiedensten Betrieben höre er immer, „dass man Leute braucht“. Fachkräfte und Auszubildende fehlen. Azubis abschieben ist kontraproduktiv für die Gesellschaft, erklärt er und fügt hinzu, dass diese Arbeiter auch einmal unsere Rente zahlen werden. „Die heimische Wirtschaft will und braucht diese Leute.“

Stichwort Förderungen für Kommunen: „Beim Förderwesen oder

dem Zuwendungsrecht muss man den Dschungel lichten.“ Viele Kommunen haben nicht mehr die Kapazität – „Ich glaube Straubing hat sie noch“ – sich durch den Förderdschungel zu finden. Klare Ansprechpartner sind da jetzt gefragt und wenig Hürden beim Mittelabruf. Beim Zeitrahmen und beim Eigenanteil müsse man ansetzen. Straubing denke da oft richtig und nehme Förderungen in Anspruch „und schneidet sich den Eigenanteil dafür raus“. Aber natürlich wäre es

besser, wenn der Eigenanteil geringer wäre, Straubing ist verschuldet. Viel erleichtern würde es, wenn man Fördermittel zweckgebunden in das nächste Jahr mitnehmen könnte oder Laufzeiten verlängert werden, auch wenn dann Politiker nicht mehr so oft mit Bescheiden glänzen könnten.

Stichwort Energie: „Auch unsere Stadtwerke sollen davon profitieren, dass bis 2030 80 Prozent aus erneuerbaren Quellen kommt.“ Relevant für jede Kommune in Deutschland werde sein, dass auf jeden Gewerbeneubau eine Pflicht für eine Solaranlage bestehen wird. In Straubing, der Stadt der nachwachsenden Rohstoffe, wird das schon diskutiert, daher könne die Stadt nur von einer rechtlichen Vorgabe profitieren, da dadurch keine Wettbewerbsunterschiede zu anderen Kommunen entstehen.

Stichwort Pflege: Straubing habe ja viele und verschiedene Einrichtungen auf diesem Gebiet, betont der MdB. „Geld ist nicht alles“, aber mehr muss es gerade für diese Arbeit dennoch geben. Gleichzeitig soll die Belastung der Pflegekräfte verringert werden. Zum Beispiel beim Schichtdienst. „Das wird man ehrlicherweise aber nur mittelfristig schaffen.“ Im Austausch ist er bei diesem Thema auch mit der Straubinger Interessensgruppe „Pflege am Boden“.

Stichwort Kultur: Das ist für Grundl als kulturpolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion ein Lieblingsthema. „Green Culture“ steht in den Koalitionspapieren, auch wenn den anderen Parteien das „Grün“ im Begriff nicht so gefallen hat, „aber besser lässt es sich halt nicht ausdrücken“, erklärt Grundl. Transformation der Kulturszene zur Klimafreundlichkeit steckt dahinter. Theater, Museen, Festivals bis hin zu lokalen Kulturveranstaltungen sollen mit vielen Möglichkeiten klimaneutral werden. Dazu will man eine zentrale bundesweite Anlaufstelle schaffen, auch um erst einmal Daten und eine Vernetzung zu bekommen. „Da hab ich gleich an die TUM gedacht“, erklärt Grundl und hat schon Gespräche mit dem Straubinger TUM-Campus geführt. Sein Wunsch ist es, hierzu einen Forschungsauftrag nach Straubing zu bringen. Kommunen mit rund 50 000 Einwohnern wie Straubing seien dazu ja „relevante Größen“, mit Theater- und Kulturbühnen. Kleinere Kommunen besitzen leider oft wenig Kultureinrichtungen, die ganz großen haben andere Möglichkeiten.